presse

SPD erstreitet großen Erfolg für die Frauen: Pille danach im Parlament durch

***Hilde Mattheis**, gesundheitspolitische Sprecherin*
***Mechthild Rawert**, zuständige Berichterstatterin:*

Endlich wird die „Pille danach“ aus der Rezeptpflicht entlassen. Dies gilt für beide Wirkstoffe: Levenorgestrel und Ulipristalacetat. Sie sind anerkannt wirksam und nebenwirkungsarm. Das heißt: Frau kann nach einer Verhütungspanne in die nächste Apotheke gehen, sich beraten lassen und das Medikament sofort kaufen. Unnötiger Zeitverlust durch Wege zu Arztpraxen oder Krankenhaus-rettungsstellen entfällt.

„Die SPD-Bundestagsfraktion begrüßt diese längst überfällige Entscheidung der Bundesregierung sehr. Wir machen deutlich: Frauen in Deutschland wollen und können hinsichtlich ihrer reproduktiven und sexuellen Rechte selbstbestimmt entscheiden - wie es Frauen in 78 anderen Staaten längst tun.

Zur Frage der Kostenerstattung findet heute im Plenum des Deutschen Bundestags die 2./3. Lesung des 5. SGB IV-Änderungsgesetz statt. Wir nutzen es als „Omnibus-Gesetz“ und regeln für Frauen vor dem vollendeten 20. Lebensjahr die Kostenerstattung für die „Pille danach“ wie bei der Anti-Babypille. Wer die Kosten erstattet haben möchte, muss in der Apotheke ein Rezept vorlegen. Verzichtet frau auf eine Kostenerstattung, erhält sie die „Pille danach“ nach Beratung gegen Barzahlung in der Apotheke. Es existiert Wahlfreiheit. Dafür hat sich die SPD eingesetzt.

Anlass für die Einführung der Rezeptfreiheit in Deutschland war die Freigabe von Ulipristalacetat durch die EU-Kommission am 7. Januar 2015. In der letzten Legislaturperiode hat die SPD mit einem Antrag zur Freigabe der „Pille danach“ die parlamentarische Debatte überhaupt erst initiiert. In der großen Koalition ist

IMPRESSUM
HERAUSGEBER CHRISTINE LAMBRECHT, MDB **REDAKTION** ALBRECHT VON WANGENHEIM
TELEFON (030) 227-522 82 / (030) 227-511 18
E-MAIL PRESSE@SPDFRAKTION.DE

TEXT KANN IM INTERNET UNTER **WWW.SPDFRAKTION.DE** ABGERUFEN WERDEN.

SPD BUNDESTAGSFRAKTION

die SPD am Ball geblieben und hat weiterhin ihre Position mit Nachdruck vertreten.“